

BEIRAT FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN JAHRESBERICHT 2015

INHALT

Teil 1 – Der Beirat für Menschen mit Behinderungen	4
Vorbemerkung	4
Arbeitsweise im Berichtsjahr 2015	4
Zahl der Sitzungen	5
Gespräche	5
Gespräch mit Herrn Bürgermeister Dr. Martin Lenz	5
Gespräch mit Herrn Seekircher, Direktor der Sozial- und Jugendbehörde	5
Gespräch mit Fraktionen	5
Zusammenarbeit Stadtseniorenrat, Forum Ehrenamt, Fahrgast-Beirat und GPV-Jugend	6
Beteiligung des Beirats in den städtischen Ausschüssen	6
Planungsausschuss	6
Jugendhilfeausschuss	6
Sozialausschuss	7
Teil 2 – Tätigkeitsbericht 2015	7
Themenschwerpunkte des Jahres	7
Barrierefreie Datenbank	7
Leichte Sprache	8
Inklusion	8
a) Karlsruher Inklusionspreis	8
b) Elternforum Inklusion	9
c) Runder Tisch Inklusion	9
Barrierefreiheit bei städtischen Veranstaltungen	10
Kultur-Tandems	10
Stadtplan für Menschen mit Behinderungen	10
Blindenleitsystem/Barrierefreiheit	11
Hauptbahnhof	11
Kaiserstraße	11
Europaplatz	12
Zoo	12
Bahn- und Bushaltestellen/Verkehrsknotenpunkte	13
Umbau von Bushaltestellen	13
Verkehrsbetriebe	13
Verkehrsbetriebe neue Bahnen	14
Barrierefreie Maßnahmen bei öffentlichen Gebäuden	14
Öffentliche Behindertentoiletten	15

UN-Behindertenrechtskonvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen: Umsetzung in Karlsruhe mit dem Handlungsfeld Wohnen	15
Projektgruppe „Umsetzung UN-BRK“	16
Landes-Behindertengleichstellungsgesetz	16
Beförderungsrichtlinien	17
Weiteres in Kurzform	17
Besuch der Delegation aus der Partnerstadt Nottingham	17
Fußverkehrs-Check Karlsruhe/Durlach	18
REHAB 2015	18
dm-Zentrale	18
Stadion-Neubau KSC	18
Teil 3 – Arbeitsgruppen	18
Arbeitsgruppe „Barrierefreies Bauen und Wohnen“	18
Arbeitsgruppe „ÖPNV“	19
Arbeitsgruppe „Bildung, Arbeit, gesellschaftliche Teilhabe“	19
Arbeitsgruppe „Gesundheitswesen“	19
Arbeitsgruppe Stadtjubiläum	19
Arbeitsgruppe LeiGO	19
Teil 4 – Zusammensetzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen der Stadt Karlsruhe	20
Stimmberechtigte Mitglieder	20
Teil 5 – Pressespiegel	25
Impressum	36

TEIL 1 – DER BEIRAT FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

VORBEMERKUNG

Im Jahr 2003 wurde in Karlsruhe der Beirat für Menschen mit Behinderungen gegründet. Es war der erste dieser Art in Baden-Württemberg.

Ende 2013 beendete der damalige Vorstand mit Stefanie Ritzmann, Gabriele Becker und Manfred Weber nach zehnjähriger erfolgreicher Arbeit seine Tätigkeit im Beirat. Am 8. November 2013 fand die dritte Delegiertenversammlung zur Wahl der Mitglieder der nächsten fünfjährigen Amtszeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen statt. Erstmals konnten sich auch Personen als Einzelbewerberinnen beziehungsweise Einzelbewerber, die nicht einen Verein oder eine Organisation von Menschen mit Behinderung vertreten, zur Wahl stellen.

Insgesamt wurden 13 Vertreterinnen und Vertreter für neun unterschiedliche Behinderungsprofile gewählt und neun Stellvertreterinnen und Stellvertreter. Der neue Vorstand setzte sich nach der Wahl am 13. Dezember 2013 aus Peter Stopp, dem Vorsitzenden sowie Rosemarie Zelch und Margit Kundrus als Stellvertreterinnen zusammen. Voller Tatendrang wurden in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung, Frau Marion Schuchardt, verschiedene Themen angegangen und manches auf den Weg gebracht. Aufgrund seiner Erkrankung und der Größe des Aufgabenbereiches als Vorsitzender kündigte Peter Stopp im Juli an, ab Oktober 2014 von seinem Amt als Vorsitzender des Vorstandes zurücktreten zu müssen. Von allen Beiratsmitgliedern wurde diese Entscheidung – mit großem Bedauern – akzeptiert. Der Hinweis auf die große Verantwortung, die auf dem Vorstand lastet, führte zu zwei Terminen im August und September 2014, in denen der Beirat mit Unterstützung eines Coachs die Aufgaben sichtbar machte und eine neue

Aufgabenverteilung erarbeitete. Das Ziel bestand darin, die Aufgaben auf mehrere Mitglieder zu verteilen und die Aufgaben des Vorstandes klarer zu fassen, damit die/der nächste Vorstandsvorsitzende die Aufgaben besser einschätzen kann.

In der Sitzung des Beirates am 12. Dezember 2014 wurde Herr Andreas Baeske zum neuen Vorsitzenden des Beirates gewählt. Auch er musste aufgrund seiner Erkrankung und dem Rat seiner Ärzte nach einem halben Jahr den Vorsitz aufgeben. Dies wurde von allen bedauert.

In der Sitzung des Beirates am 22. Mai 2015 wurde Frau Margit Schönfeld zur neuen Vorsitzenden des Beirates gewählt. Seitdem bilden Frau Schönfeld, Frau Zelch und Frau Viehbacher den Vorstand des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen ist Interessensvertretung für 27.231 schwerbehinderte Menschen und deren Angehörigen.

ARBEITSWEISE IM BERICHTSJAHR 2015

Das Jahr 2015 stand für den Beirat für Menschen mit Behinderungen unter dem Thema Konsolidierung. Der zweimalige Wechsel beim Vorsitz des Vorstandes bedingte einen zweifachen Neuanfang in der Zusammenarbeit. Dieses beinhaltete, sich einen Überblick über die Arbeit der letzten zehn Jahre zu verschaffen: über laufende Projekte und Maßnahmen und über die Arbeitsweise des Beirates. Unterstützt wurde der Beirat von der Geschäftsführung, Frau Schuchardt. Die Mitglieder und die Stellvertreterinnen und Stellvertreter mussten sich zunächst in die neuen Aufgaben einfinden. Die Mitglieder haben ein Stimm- und ein Antragsrecht, dieses haben die Stellvertreterinnen und Stellvertreter nur im Falle der Abwesenheit einer Vertreterin/eines Vertreters.

Oft weist der Beirat für Menschen mit Behinderungen auf Missstände hin, macht aufmerksam, fordert ein und kritisiert auch. Diese wichtige Aufgabe des Beirats wird von den Mitgliedern, die alle unterschiedliches Wissen und Kenntnisse besitzen, ehrenamtlich übernommen, ohne jedoch eine entsprechende Schulung oder Ausbildung absolviert zu haben. Für die überwiegend wertschätzende Behandlung von Seiten der Mitglieder der Fraktionen und des Gemeinderates sowie der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Verkehrsbetriebe bis zu den Ämtern der Stadtverwaltung bedankt sich der Beirat.

ZAHL DER SITZUNGEN

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen traf sich im Berichtsjahr 2015 in fünf Sitzungen mit dem gesamten Gremium. Die einzelnen Arbeitsgruppen trafen sich zwischen den Sitzungen.

GESPRÄCHE

GESPRÄCH MIT HERRN BÜRGERMEISTER DR. MARTIN LENZ

Der Vorstand traf sich im Jahr 2015 mit Herrn Bürgermeister Dr. Lenz zur Vorstellung der neuen Vorsitzenden.

Folgende Punkte wurden angesprochen:

- Einrichtung der Stelle einer/eines kommunalen Behindertenbeauftragten
- Barrierefreiheit bei Veranstaltungen der Stadt Karlsruhe
- Leichte Sprache
- Barrierefreie Datenbank
- Karlsruher Inklusionspreis
- Kommunaler Aktionsplan

Das Gespräch fand in guter, angenehmer Atmosphäre statt.

GESPRÄCH MIT HERRN SEEKIRCHER, DIREKTOR DER SOZIAL- UND JUGENDBEHÖRDE

Zu einem Vorstellungsgespräch traf sich der Vorstand mit Herrn Seekircher, Direktor der Sozial- und Jugendbehörde. Es handelte sich um ein angenehmes Gespräch. Auch hier wurde über

- die Barrierefreie Datenbank,
- den Karlsruher Inklusionspreis,
- die Einführung der leichten Sprache und
- den Stadtplan für Menschen mit Behinderungen

ausführlich gesprochen.

GESPRÄCH MIT FRAKTIONEN

Auf Einladung der CDU-Fraktion fand am 9. März 2015 ein Gespräch mit der CDU-Fraktion und dem Beirat statt. Folgende Themen wurden besprochen:

- Karlsruher Inklusionspreis
- UN-Behindertenrechtskonvention: Handlungsfeld Wohnen
- Stadtplan für Menschen mit Behinderungen
- Einführung der leichten Sprache
- Barrierefreie Datenbank
- Probleme/Schwierigkeiten mit der Umsetzung von Behindertentoiletten im öffentlichen Raum
- Barrierefreiheit des Europaplatzes
- Stadtjubiläum
- Beförderungsdienst

Am 28. September 2015 fand ein Termin bei der SPD-Fraktion statt. Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Bestellung einer/eines kommunalen, weisungsunabhängigen Behindertenbeauftragten
- barrierefreie Kaiserstraße
- Karlsruher Inklusionspreis
- Umsetzung der Barrierefreien Datenbank
- Beförderungsrichtlinien

Alle Gespräche waren geprägt von Respekt und Entgegenkommen. Dafür bedankt sich der Beirat sehr.

ZUSAMMENARBEIT STADTSENIORENRAT, FORUM EHRENAMT UND FAHRGAST-BEIRAT

Der Beirat wurde im Stadtseniorenrat durch Herrn Weber und seine Stellvertreterin Frau Rappold vertreten und im Forum Ehrenamt durch Frau von Malottki. Der Beirat wurde im Fahrgastbeirat im Jahr 2015 durch Herrn Bräunsdorf vertreten.

Der Gemeindepsychiatrische Verbund Jugend (GPV-Jugend) ist ein neuer GPV, gemeinsam getragen von der Stadt und dem Landkreis mit allen Leistungsanbietern und Trägern. Ziel ist die Verbesserung der Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit einer bestehenden oder drohenden seelischen Beeinträchtigung beziehungsweise Behinderung. Am 14. Januar 2015 fand die Gründungsveranstaltung statt, bei der die Vereinbarung offiziell unterschrieben wurde. Der Beirat für Menschen mit Behinderungen ist Mitglied und wird dort durch Herrn Bräunsdorf vertreten.

BETEILIGUNG DES BEIRATS IN DEN STÄDTISCHEN AUSSCHÜSSEN

Der Beirat wird in folgenden drei Ausschüssen vertreten:

- Planungsausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Sozialausschuss

PLANUNGSAUSSCHUSS

Herr Andreas Baeske vertrat im ersten halben Jahr 2015 den Behindertenbeirat im Planungsausschuss und nahm dort teil am öffentlichen wie auch am nichtöffentlichen Teil. Nach Austritt von Herr Baeske aus dem Beirat wurde Herr Lorenz zum Nachfolger gewählt.

JUGENDHILFEAUSSCHUSS

Frau Ursula Baron vertritt den Behindertenbeirat im Jugendhilfeausschuss, die Stellvertreterin ist Frau Rosemarie Zelch. Die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses fanden im Berichtsjahr am 25. Februar 2015 (gemeinsame Sitzung mit dem Sozialausschuss), 30. April 2015, 22. Juli 2015, 31. Oktober 2015 (Klausurtagung mit dem Sozialausschuss), 11. November 2015 und 27. November 2015 (gemeinsame Sitzung mit dem Personalausschuss) statt.

In der Sitzung vom 22. Juli 2015 ging es um das Elternlotsenprojekt des Vereines Eltern und Freunde für Inklusion.

In der Sitzung am 11. November 2015 ging es um die Aufnahme weiterer Kita- und Hortplätze in die Bedarfsplanung. Im Eckpunktepapier für die Arbeit mit Kindern bis zum Schuleintritt wird auf die Beseitigung von institutionellen, räumlichen und strukturellen Barrieren im Hinblick auf die Behindertenrechtskonvention hingewiesen. Bei der Beratung zu der Fortschreibung des Konzeptes zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

in Karlsruhe (beschlossen im Gemeinderat im Dezember 2010) wird in der Vorlage über ein Beteiligungsprojekt mit Kindern mit einer Seh- oder Hörbehinderung berichtet. Seit dem Jahr 2011 besteht in Karlsruhe ein interdisziplinär zusammengesetzter Arbeitskreis, der sich mit Maßnahmen zur Verbesserung der Situation auseinandersetzt. Im sozialen Bereich und bei der Jugendhilfe sind bereits zahlreiche Hilfeangebote entwickelt worden.

SOZIALAUSSCHUSS

Frau Dr. Elke Wagner vertritt den Behindertenbeirat im Sozialausschuss, ihr Stellvertreter ist Herr Manfred Weber. Die Sitzungen des Sozialausschusses fanden am 25. Februar 2015, 6. Mai 2015, 29. Juli 2015, 31. Oktober 2015 (Klausurtagung mit dem Jugendhilfeausschuss) und 25. November 2015 statt.

Folgende Themen waren für die Arbeit des Beirates relevant:

- Beförderungsrichtlinien
- Einrichtung der Stelle einer/eines kommunalen Behindertenbeauftragten
- Kommunaler Aktionsplan zum Handlungsfeld Wohnen
- Einrichtung eines Auskunftssystems für barrierearme Wohnungen

Frau Dr. Wagner nahm in Absprache mit dem Vorstand den Kontakt mit dem Landesdatenschutzbeauftragten wegen des Persönlichkeitsrechtes bei den Beförderungsrichtlinien auf, mit gutem Erfolg. Die Einzelheiten finden sich in diesem Jahresbericht unter den jeweiligen Punkten.

TEIL 2 – TÄTIGKEITSBERICHT 2015

THEMENSCHWERPUNKTE DES JAHRES

BARRIEREFREIE DATENBANK

Das Ziel einer barrierefreien Datenbank besteht in der stationären und mobilen Nutzung der Daten von circa 300 Gebäuden durch die Nutzerinnen und Nutzer. Dadurch lässt sich die Mobilität von Menschen mit einer Beeinträchtigung oder Behinderung und damit die Teilhabe an der Stadtgesellschaft erhöhen.

Im Jahre 2013 stellten mehrere Fraktionen den Antrag auf Einrichtung einer „Barrierefreien Datenbank“ durch die Stadt Karlsruhe. Die Daten sollen multifunktional zu nutzen sein, also auch auf der Kultur-App, so dass die Gebäude durch den Behindertenbeirat in drei Kategorien eingestuft werden:

- a) barrierefrei
- b) bedingt barrierefrei
- c) nicht barrierefrei

Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 48.780 Euro wurden nach Beratung im Sozialausschuss vom Gemeinderat im Juli 2014 bewilligt.

In der zweiten Jahreshälfte schaltete sich das Liegenschaftsamt mit dem Angebot ein, die Ausmessung der 300 vom Beirat geforderten Gebäude zu übernehmen. Ziel ist die Anbindung dieser Daten an das Modell KA-Mobil als KA-Barrierefrei (Planungstitel) auf der Grundlage von OPEN STREET MAP.

Die gewünschten Daten und die Gebäude lagen dem Liegenschaftsamt vor. In der letzten Sitzung des Beirates am 11. Dezember 2015 wurde ein Entwurf einer Web-App vom Liegenschaftsamt vorgestellt. Diese kann sowohl stationär von jedem Computer zuhause als auch mobil von jedem Handy oder Tablet aufgerufen werden. Es muss keine App erworben werden. Diese Web-App soll im Jahr 2016 ins Netz gestellt werden.

Wenngleich zurzeit noch der Schwerpunkt auf mobilitätseingeschränkte Personen gegeben ist, sollen die Nutzerinnen und Nutzer miteinbezogen werden in diese als Testlauf verstandene Phase. Dazu ist diese barrierefreie Datenbank unter dem Link https://geodaten.karlsruhe.de/wmc_barrierefrei einzusehen.

Eines musste der Beirat lernen: Es bedarf der Hartnäckigkeit und großer Geduld (Ungeduld) bei der Umsetzung von bestimmten Projekten, denn die Übernahme durch neue Ämter bedeutet immer auch eine erneute Einarbeitung und Absprachen. Mit dem jetzt vorliegenden Ergebnis auf der Grundlage von einem Drittel der zugesagten Gebäude ist der Beirat zufrieden, erwartet allerdings eine zeitnahe Realisierung sowie die Umsetzung der Lesbarkeit durch Blinde beziehungsweise sehbeeinträchtigte Menschen per Voice oder IOS.

LEICHTE SPRACHE

Der Beirat beschäftigte sich bereits im Jahr 2013 mit der Unterstützung der Menschen mit kognitiven Einschränkungen. Die Einführung der „Leichten Sprache“ wurde vom Beirat zur Erleichterung im alltäglichen Leben für diesen Personenkreis als vordringlich angesehen.

Im Februar 2014 kam es daraufhin mit der Leiterin des einzigen Büros für Leichte Sprache „Klartext“, Frau Seidel aus Offenburg zu einem Gespräch. Alle waren von der Arbeit des Büros und der Leiterin Frau Seidel sehr angetan.

Von Seiten der Verwaltung wurden in Absprache mit dem Beirat folgende Umsetzungsschritte in die Vorlage für den Sozialausschuss im Juli 2014 eingebracht:

- Einführung von „Leichter Sprache“ in drei Abteilungen der Stadtverwaltung,
- Schulung zur „Leichten Sprache“ für Beschäftigte dieser drei Abteilungen,

- Auswertung dieser Erfahrungen,
- Einbindung weiterer Ämter in diesen Prozess (mittel- und langfristig),
- Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 5.000 Euro.

Die Mittel wurden nach Beratung im Sozialausschuss im Juli 2014 durch den Gemeinderat für die „Einführung der leichten Sprache“ bewilligt.

INKLUSION

a) Karlsruher Inklusionspreis

Im Juli 2014 wurden die Mittel für einen Karlsruher Inklusionspreis vom Gemeinderat bewilligt. So konnte am 26. November 2015 die erste Verleihung des Karlsruher Inklusionspreises im Bürgersaal des Rathauses stattfinden.

Der Preis soll dazu beitragen, eine inklusive Stadtgesellschaft aufzubauen und Benachteiligungen von Menschen mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen und Vorurteile abzubauen. Der Karlsruher Inklusionspreis kann besondere Aktivitäten und Maßnahmen zur Inklusion in besonderem Maße würdigen.

Er wird in drei Kategorien vergeben:

1. Einzelpersonen, die sich vorbildlich für Menschen mit Behinderungen engagieren.
2. Organisationen, Vereine und Institutionen sowie barrierefreie Bildungs- und Kultureinrichtungen wie zum Beispiel:
 - Inklusion in der Schule
 - Inklusion in der Kindertagesstätte
 - Barrierefreiheit in Kultureinrichtungen oder anderem.

3. Wirtschaft: Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderungen beispielhaft ausbilden, einstellen und fördern.

Der „Inklusionspreis“ besteht in Geldpreisen für die Kategorien Einzelpersonen und Organisationen, Institutionen und Vereine und einem Sachpreis in Form einer Pyramide für die Kategorie Wirtschaft.

Diese Jury bestand aus:

- Staatliches Schulamt Karlsruhe
- Integrationsfachdienst
- Industrie- und Handelskammer Karlsruhe
- Kreishandwerkerschaft Karlsruhe
- Jugendhilfeplanung der Stadt Karlsruhe
- Beirat für Menschen mit Behinderungen

Da Mitglieder des Beirates zu der Jury gehören, wird der Beirat dieses Projekt auch zukünftig begleiten.

Die diesjährigen Preisträger des Karlsruher Inklusionspreises waren:

- Kategorie Einzelpersonen: Frau Gabriele Becker
- Kategorie Organisationen: Der Verein EFI - Eltern und Freunde für Inklusion
- Kategorie Wirtschaft: IT-Unternehmen SIVIS GmbH

Frau Becker initiierte ein Tandem-Projekt, durch das Sehende und Sehbeeinträchtigte/Blinde gemeinsam auf einem Tandem Radtouren unternehmen. Neben ihrer zehnjährigen Tätigkeit im Vorstand des Behindertenbeirates stellt dieses Tandem-Projekt ein Projekt im Freizeitbereich „auf gleicher Augenhöhe“ dar.

Der Verein EFI setzt sich seit 25 Jahren für eine gemeinsame Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen

mit oder ohne Behinderungen ein. Das IT-Unternehmen SIVIS praktiziert seit vielen Jahren Inklusion, in dem unter anderen Menschen mit und ohne Behinderungen bis in die Führungsetage kommunizieren und arbeiten.

b) Elternforum Inklusion

Seit fünf Jahren finden Elternforen Inklusion statt. Die Stadt Karlsruhe und das Staatliche Schulamt wollen gemeinsam die inklusive Beschulung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen beziehungsweise Behinderungen fördern. Aus diesem Grunde finden jährliche Elternforen statt, bei denen die Eltern informiert werden über den Prozess der Einschulung. Der Beirat für Menschen mit Behinderungen nimmt immer teil und begrüßt diese Veranstaltungen sehr.

c) Runder Tisch Inklusion

Das erste Ergebnis des Runden Tisches Inklusion ist ein „Ablaufplan zur inklusiven Beschulung“. Dadurch wurde das Ziel einer größeren Transparenz des Verfahrens für Ämter und für die betroffenen Eltern umgesetzt. Der Beirat für Menschen mit Behinderungen ist an diesem Runden Tisch Inklusion durch Frau Zelch und Frau von Malottki vertreten. Der Verein EFI stellte ein „Bildungslotsen-Projekt“ vor, das Anfang September 2015 die Arbeit aufnehmen konnte.

Am 1. August 2015 traten die Gesetze zur Änderung des Schulgesetzes im Hinblick auf die Verankerung der Inklusion und das Gesetz zur Finanzierung der Inklusionskosten in Kraft.

Das Schulgesetz sieht folgende Änderungen vor:

- Aufhebung der Pflicht zum Besuch der Sonderschule für Schülerinnen und Schüler mit einem festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot.

- Inklusion als pädagogische Aufgabe aller Schulen, Aufnahme des zieldifferenten Unterrichts an allgemeinen Schulen ins Schulgesetz.
- Beratung der Eltern durch das Staatliche Schulamt über schulische Angebote, sobald ein Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot festgestellt wurde.
- Stärkung des Wahlrechts der Eltern im Hinblick auf den schulischen Lernort.
- Stärkung der Steuerungsfunktion der Schulverwaltung bei der Organisation inklusiver Bildungsangebote.
- Weiterentwicklung der Sonderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, die sich auch Kindern ohne Behinderungen öffnen.

Entwicklung der Anmeldezahlen für die inklusive Beschulung:

- Schuljahr 2011/12 –
11 Schülerinnen und Schüler
- Schuljahr 2012/13 –
33 Schülerinnen und Schüler
- Schuljahr 2013/14 –
58 Schülerinnen und Schüler
- Schuljahr 2014/15 –
40 Schülerinnen und Schüler
- Schuljahr 2015/16 –
50 Schülerinnen und Schüler

Der runde Tisch beschäftigt sich mit der Entwicklung der Zahl der inklusiven Beschulungen.

Ein wichtiges Thema ist die Schulbegleitung. Welche Aufgaben haben Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter, für welche Tätigkeiten sind sie zuständig, wie werden sie für diese Tätigkeiten qualifiziert, wer sind ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Schule?

BARRIEREFREIHEIT BEI STÄDTISCHEN VERANSTALTUNGEN

Dem Beirat ist es wichtig, bei Barrierefreiheit an alle Menschen mit Behinderungen zu denken. Aus diesem Grunde wurde der Antrag der KAL-Fraktion aus dem Jahre 2012 auf „Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdensprachdolmetschern bei Veranstaltungen der Stadt Karlsruhe“ erweitert und bezieht sich auf Menschen, die Unterstützungsbedarf haben. Nach Beschluss des Gemeinderates stellt die Stadt Karlsruhe seit 2014 jährlich 10.000 Euro bei der Sozial- und Jugendbehörde für diesen Zweck zur Verfügung.

Kultur-Tandems

Von Seiten der Sozial- und Jugendbehörde wurde das Inklusionsbüro Karlsruhe zur Umsetzung dieses Projektes eingebunden. Das Inklusionsbüro bildete Kultur-Tandems, bei denen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam Veranstaltungen besuchen. Anschließend erfolgt die Berichterstattung über diese gemeinsamen Besuche von Veranstaltungen, die anschließend ins Internet gestellt wurde.

Der 300. Stadtgeburtstag führte zu einer großen Nachfrage nach Umsetzung von barrierefreien Veranstaltungen. So wurden Gebärdensprachdolmetscherinnen/ Gebärdensprachdolmetscher bei der Eröffnungsveranstaltung sowie verschiedenen Stadtgesprächen angefordert und auch eingesetzt. Die beiden einführenden Beiträge zur Eröffnung der Veranstaltung von Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Herrn Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup im Programmheft konnten in leichte Sprache übersetzt werden.

STADTPLAN FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Die Neuauflage des Stadtplanes für Menschen mit Behinderungen wurde durch den Beirat mit folgenden Ergebnissen diskutiert:

- Der Beirat hält die Herausgabe eines Stadtplanes in Papierform für den Innenstadtbereich für notwendig.
- Die digitale Erfassung aller weiteren Stadtteile in den Geodaten/Liegenschaftsamt soll Zug um Zug erfolgen.

Der Stadtplan für Menschen mit Behinderungen in Papierform liegt mittlerweile vor und wird rege angefordert. Die digitale Erfassung aller weiteren Stadtteile in den Geodaten/Liegenschaftsamt erfolgt Zug um Zug.

BLINDENLEITSYSTEM/BARRIEREFREIHEIT

HAUPTBAHNHOF

Bereits seit längerer Zeit setzt sich der Beirat für die Einführung eines Blindenleitsystems im Hauptbahnhof Karlsruhe ein (siehe auch die Jahresberichte 2013 und 2014). Zusagen der Bahnhofsleitung scheiterten zunächst an der fehlenden Zustimmung der Denkmalschutzbehörde des Regierungspräsidiums Karlsruhe. Diese konnte mit Unterstützung des Landesbehindertenbeauftragten Herrn Gerd Weimer und des Landtagsabgeordneten der SPD Landtagsfraktion Herrn Johannes Stober gelöst werden.

Nun lag es an der Deutschen Bundesbahn, entweder neue Rillenplatten oder eine Linie in den bestehenden Bodenbelag einfräsen zu lassen. Ziel musste es auch sein, für stark sehbehinderte Menschen eine gute optische Orientierung zu schaffen. Die zeitnahe Umsetzung des Blindenleitsystems verbunden mit weiteren Verbesserungen (Beleuchtung an den hinteren Bahngleisen et cetera) wurde dem Beirat zugesagt. Am 28. August 2015 fand ein Gespräch mit dem Bahnhofsmanagement und der Vertreterin des Beirates, Frau von Malotki, statt. Die mündlichen Zusagen zur Einführung des Blindenleitsystems im Hauptbahnhof waren positiv. Allerdings erfuhr der Beirat im Jahr 2015, dass die

seinerzeit genehmigten Kosten nicht ausreichen und eine neue Ausschreibung der geplanten Maßnahme nötig sei.

Am 27. November 2015 erfuhr der Beirat aus der Presse, dass die Planungen zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofsvorplatzes vorläufig eingestellt wurden. Eine Wiederaufnahme der Planung sei frühestens ab 2018 vorgesehen.

Der Beirat befürchtet, dass dies die Bemühungen um ein Blindenleitsystem innerhalb des Bahnhofs nicht gerade beschleunigen wird, da die Anbindung außerhalb des Bahnhofs nicht zeitnah umgesetzt werden wird. Das wäre ein herber Rückschlag. Der Beirat wird weiter dran bleiben, denn der Hauptbahnhof in Karlsruhe ist ein Schlüsselstandort für Menschen mit und ohne Behinderungen

BLINDENLEITSYSTEM IN DER ZUKÜNFTIGEN KAISERSTRASSE

Zur Umsetzung des Blindenleitsystems in der zukünftigen Kaiserstraße stellte der Beirat Herrn Bürgermeister Michael Obert im März 2015 ein Konzept zu dem Thema „Zukünftige barrierefreie Gestaltung der Fußgängerzone Kaiserstraße“ zur Verfügung.

Dieses Konzept basierte auf einer Befragung

- des Badischen Blindenvereines Bezirksgruppe Karlsruhe,
- des Badischen Blinden- und Sehbehindertenvereins (BBSV),
- der Selbsthilfegruppe Blickpunkt für Blinde, Sehbehinderte und deren Freunde in Karlsruhe,
- der Fachkräfte der Albschule sowie
- des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

Die Vorschläge/die Forderungen des Beirates bestehen in einem beidseitigen taktilen und kontrastreichen Blindenleitsystem (BLS) auf der zukünftigen Kaiserstraße sowie einem taktilen und kontrastreichen BLS zu den Abgängen der U-Strab. Das Büro Mettler, das für die Oberflächenplanung zuständig ist, erarbeitete drei Optionen eines BLS in der Kaiserstraße. Die Optionen unterscheiden sich in der räumlichen Anordnung des BLS auf der Kaiserstraße.

Am 13. August 2015 fand im Rahmen des Stadtjubiläums eine Veranstaltung statt, in der Herr Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup sich für einen barrierefreien Ausbau der Kaiserstraße positionierte.

Es folgten schwere Verhandlungen. Es ist gelungen, die eher kritische Haltung gegenüber eines BLS in einer Fußgängerzone zu verändern. Nun liegen folgende Zusagen vor:

- Ein taktilen und kontrastreiches BLS zu den Abgängen der U-Strab,
- ein beidseitiges taktilen BLS in der Kaiserstraße,
- die Umsetzung der Variante 3, also das BLS Richtung Hausfront, da die Bewirtung/Gastronomie Richtung Innenstraßenbereich verlegt wird.

Darüber hinaus wollte der Beirat Kontraststreifen oder sogar zwei Kontraststreifen neben den beidseitigen Blindenleitstreifen auf der Kaiserstraße. Dies ist für sehbehinderte Menschen dringend erforderlich. Das ließ sich bisher nicht umsetzen.

Allerdings wurde zugesagt, dass

- das taktilen und kontrastreiche BLS zu den Abgängen der U-Strab auch am Marktplatz und am Europaplatz vorgesehen ist,
- die Variante 3 weiter als 0,6 m von der Häuserfront entfernt sein wird und

- eine Überlagerung des BLS durch Stände et cetera, durch Information der Ladenbetreiberinnen/Ladenbetreiber und notfalls durch den Ordnungsdienst verhindert werden soll.

Über die Anbindung der Querstraßen wurde bisher noch nicht gesprochen. Der Beirat wird sich auch für die Anbindung der Querstraßen mit einem BLS einsetzen und vertritt weiterhin die Position, dass Kontraste beim BLS in der Kaiserstraße wünschenswert und wichtig sind.

EUROPAPLATZ

Die Umsetzung des Blindenleitsystems im Bereich des Europaplatzes war unbefriedigend erfolgt. Der Beirat erhielt Beschwerdebriefe von Betroffenen mit dem Inhalt, dass das Blindenleitsystem Unfallgefahren für blinde Menschen zur Folge hatte. Der Beirat hat diese Mängel aufgelistet und der Geschäftsleitung KASIG – Karlsruher Schieneninfrastruktur – mitgeteilt. Mittlerweile konnten einige Unfallgefahren auf dem Europaplatz beseitigt werden.

BARRIEREFREIHEIT IM ZOO

Die Barrierefreiheit im Zoo beschäftigt den Beirat seit mehreren Jahren (siehe hierzu Jahresbericht 2013). In den letzten Jahren ging es vorrangig um den barrierefreien Zugang zu den Tierhäusern. Ein Umbau beziehungsweise der Einbau von neuen Eingangstüren in die Tierhäuser, sogenannte Bestandsgebäude, wurde aus Kostengründen abgelehnt, obwohl noch nicht einmal ein Kostenvoranschlag eingeholt wurde. Mittlerweile gibt es einen neuen Zoodirektor, neue Mitglieder im Beirat sowie ein neues Tierhaus, das Exotenhaus, so dass das Thema Barrierefreiheit im Zoo erneut angegangen werden soll. Eine Gruppe von Mitgliedern des Beirates unter Leitung von Frau Viehbacher vom Vorstand unternahm zusammen mit der Vorsitzenden des Vereins der Zoofreunde Karlsruhe eine Besichtigungstour des Zoos unter dem Gesichtspunkt Barrierefreiheit. Mitgebracht

wurden viele Verbesserungswünsche, die in einem Protokoll zusammengefasst und dem Zoodirektor zugesandt wurden. Diese werden in der ersten Beiratssitzung im Jahr 2016 vorgestellt und diskutiert.

BAHN- UND BUSHALTESTELLEN/ VERKEHRSKNOTENPUNKTE

Mit dem Tiefbauamt als zuständige Stelle für Barrierefreiheit und Blindenleitsystem im Straßenbau wurden auch im Jahre 2015 die Gespräche über aktuelle und geplante Baubeziehungsweise Umbaumaßnahmen an Bahn- und Bushaltestellen sowie markanten Verkehrsknotenpunkten in Karlsruhe fortgesetzt. Das Tiefbauamt ordnet dem Thema „Barrierefreiheit“ eine hohe Priorität zu. Als besonderer Schwerpunkt wurde der Umbau von „barrierefreien Haltestellen“ in Karlsruhe angesprochen.

UMBAU VON BUSHALTESTELLEN

Erstmals wurde vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg am 22. Mai 2015 ein Sonderprogramm zur Förderung vom Umbau von Bushaltestellen herausgegeben. Von Seiten des Landes werden der Bau und Ausbau von verkehrswichtigen Anlagen, die dem ÖPNV dienen, gefördert. Zur Durchführung des Sonderinvestitionsprogramms stehen im Landeshaushalt fünf Millionen Euro zur

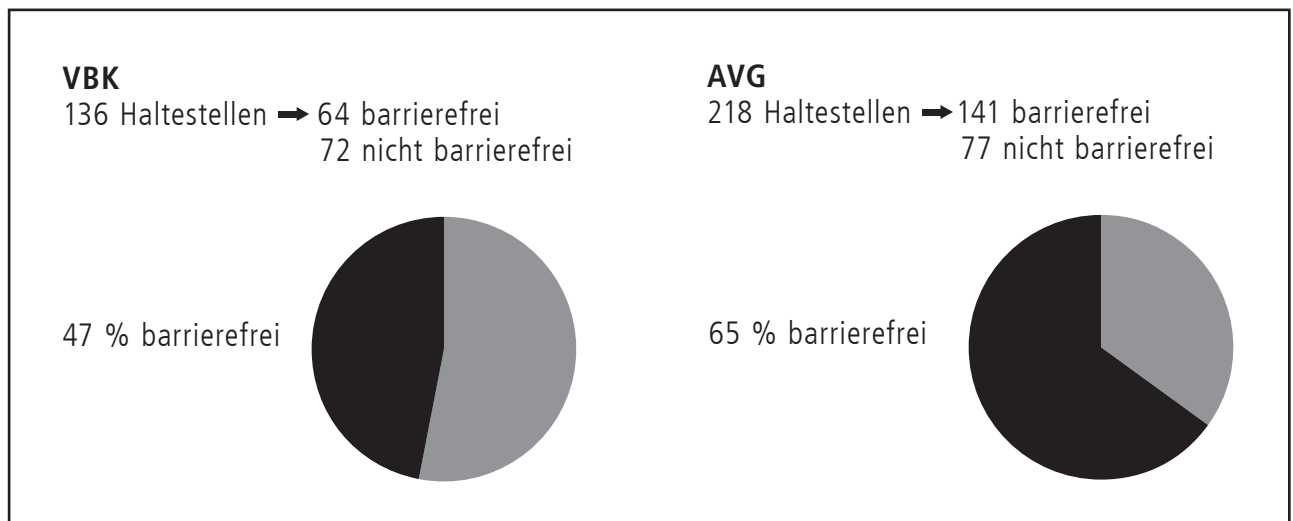
Verfügung. Die Stadt Karlsruhe stellte einen Antrag für den Ausbau von zehn Bushaltestellen. Die Zusage liegt mittlerweile in Höhe von 100.000 Euro vor.

Es wurde eine Priorisierung der Bushaltestellen vorgenommen und unter anderem folgende Haltepunkte ausgewählt: St. Vincentius Krankenhaus/Grötzingen Bahnhof – beide Richtungen, Südenschule/Lorenzstraße ZKM – eine Richtung, Edelbergstraße – beide Richtungen, Julius-Bender-Straße. Jetzt wartet der Beirat gespannt auf die Umsetzung.

VERKEHRSBETRIEBE

Die Gespräche zwischen den Verkehrsbetrieben und dem Beirat wurden auch im Jahr 2015 fortgeführt. 2015 konnten folgende Straßenbahn-Haltestellen barrierefrei ausgebaut werden:

- Fritz-Erler-Straße
- Philippstraße
- Entenfang Nord-West
- Geroldsäcker
- Jenaer Straße



Quelle: Verkehrsbetriebe Karlsruhe

Bis Januar 2022 müssen in Karlsruhe gemäß dem Willen der Europäischen Union und dem daraus resultierenden novellierten deutschen Personenbeförderungsgesetz alle Haltestellen von Bussen und Straßenbahnen barrierefrei zugänglich sein, also behindertengerecht umgebaut werden. Der Beirat bedauert sehr, dass dieses Datum in Karlsruhe nicht eingehalten wird und bedauert auch die Geschwindigkeit des Umsetzungsprozesses dieses wichtigen Gesetzes. Er begleitet und unterstützt diesen Prozess.

VERKEHRSBETRIEBE NEUE BAHNEN

Die neuen Straßenbahnen waren da. Barrierefrei sollten sie sein, wie im Fahrgastbeirat beschlossen. Leider musste festgestellt werden, dass eine drei bis vier Zentimeter hohe, nicht abgeschrägte Stahlkante einen selbstständigen Eingang unmöglich macht. Diese fehlende Barrierefreiheit der Türen bei den neuen Straßenbahnen war Anlass von vielen Beschwerden und Leserinnen-/ Leserbriefen in den BNN. Im September 2015 hat der Beirat diesen Missstand aufgegriffen und die verantwortlichen Stellen, Herrn Oberbürgermeister Dr. Mentrup, Frau Bürgermeisterin Luczak-Schwarz und die beiden Geschäftsführer der Verkehrsbetriebe, Herrn Egerer und Herrn Dr. Pischon, angeschrieben. Dem Beirat wurde schriftlich von Herrn Oberbürgermeister Dr. Mentrup im Oktober 2015 zugesagt, dass man mit dem Hersteller im Gespräch sei, um eine technische Lösung zur Verringerung der Einschränkung durch die Kante zu finden.

BARRIEREFREIE MASSNAHMEN BEI ÖFFENTLICHEN GEBÄUDEN

Die Umsetzung der Barrierefreiheit in Schulen, Jugendhäusern und öffentlichen Gebäuden ist und wird auch bei der aktuell angespannten Haushaltslage ein wichtiges Thema sein. Der Beirat verfolgt weiterhin das Projekt Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden. Mit dem Amt für

Hochbau und Gebäudewirtschaft führt er einen regelmäßigen, vertrauensvollen Gedankenaustausch. Bei diesen Gesprächen sind vom Beirat Herr Weber und Frau Schönfeld und die Geschäftsführerin Frau Schuchardt anwesend. Das Amt informiert den Beirat über folgende Maßnahmen.

Im Doppelhaushalt 2015/2016 wurden bisher unter anderem an folgenden Schulen Umbauten beziehungsweise Erweiterungen vorgenommen:

- Otto-Hahn Gymnasium (barrierefreier Umbau der Hauptzugänge und Einbau eines Aufzuges über alle Etagen fertiggestellt).
- Augustenburg Gemeinschaftsschule Grötzingen (barrierefreier Neubau mit Anschluss der Altbau-Etagen an den Neubau) einschließlich barrierefreier Neubau der Stadtteilbibliothek (Baubeginn 2017). Der denkmalgeschützte Altbau des Schlossschulgebäudes (Primarstufe 1 bis 4 der Augustenburg GMS) wird künftig über Brücken barrierefrei an den unmittelbar angrenzenden Neubau der Stadtteilbibliothek angeschlossen. Durch den Aufzug der Stadtteilbibliothek wird so auch die Grundschule barrierefrei erschlossen.
- Friedrich Realschule, barrierefreier Neubau Pavillon (Schulerweiterung) – Anbindung der Altbau-Geschosse nicht möglich.
- Erweiterung Hebel-Grundschule (mit Neubau Sporthalle), einschließlich barrierefreier Erschließung des Geschosses des Grundschul-Pavillons.

Dem Beirat liegt bisher keine Liste vor, welche Schulen ab 2016 Priorität haben für einen barrierefreien Umbau. Besonderen Wert legt der Beirat auf den barrierefreien Ausbau der Gemeinschaftsschulen, da diese eine bewusst inklusive Ausrichtung haben.

2015 wurden außerdem Projekte aus dem Doppelhaushalt 2013/2014 fertiggestellt:

- die Turmbergterrasse (mit Aufzug und Behindertentoilette),
- das Restaurant im Hofgut Maxau (barrierefreie Zugänglichkeit und Einbau einer Behindertentoilette),
- die Seebühne im Stadtgarten (Behindertentoilette).

Im Jahre 2015 konnte das Rathaus Hohenwettersbach mit einem barrierefreien Zugang ausgestattet werden.

Die Gespräche mit dem HGW sind immer geprägt von großer Kompetenz und dem Bemühen, Barrierefreiheit nicht nur als gemeinsames Ziel zu formulieren, sondern diese auch umzusetzen. Dafür bedankt sich der Beirat sehr.

ÖFFENTLICHE BEHINDERTENTOILETTEN

Bereits dem früheren Vorstand des Behindertenbeirates wurde die Bereitstellung von mehr als 20 Behindertentoiletten im öffentlichen Raum zugesagt.

Eines musste der Beirat lernen: Es bedarf der Hartnäckigkeit und großer Geduld bei der Umsetzung von bestimmten Projekten. Am 21. Dezember 2015 kam es nun endlich zu der ersten Einweihung einer barrierefreien Behindertentoilette in Anwesenheit von Herrn Oberbürgermeister Dr. Mentrup und Herrn Bürgermeister Obert am Standort Passagehof. Der Beirat war durch Frau Schönfeld, Frau Viehbacher und Frau Zelch vertreten. Er ist über das Ergebnis am Ende des Jahres 2015 erleichtert, erwartet allerdings eine zeitnahe Realisierung der weiteren zugesagten Behindertentoiletten in Karlsruhe.

UN-BEHINDERTENRECHTSKONVENTION ÜBER DIE RECHTE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN: UMSETZUNG IN KARLSRUHE MIT DEM HANDLUNGSFELD WOHNEN

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) über die Rechte von Menschen mit Behinderungen¹ wurde im Jahre 2009 von Deutschland ratifiziert. Die Ziele dieser Behindertenrechtskonvention sind die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft, deren Selbstbestimmung und Barrierefreiheit und Chancengleichheit. Auf Bundesebene wurde unter Einbeziehung behinderter Menschen und ihrer Interessensverbände ein Nationaler Aktionsplan² entwickelt.

Der Landes-Behindertenbeirat Baden-Württemberg hat im Herbst einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK für Baden-Württemberg herausgegeben.

Die Umsetzung der UN-BRK erfolgt als Aktionspläne. Diese basieren in der Regel auf folgenden Handlungsfeldern:

- Bildung
- Mobilität und Barrierefreiheit
- Wohnen
- Arbeit und Beschäftigung
- Kultur, Sport und Freizeit
- barrierefreie Kommunikation und Information

Auf der Grundlage einer Ist-Analyse werden zu diesen Handlungsfeldern Ziele erarbeitet. Dies geschieht meist in einem

¹ Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn, 2010.

² „einfach machen“ Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft. Nationaler Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, siehe Kabinettsbeschluss vom 15. Juni 2011.

Partizipationsprozess mit den Betroffenen und den Interessenverbänden und Trägern. In den Handlungsfeldern Bildung, Mobilität und Barrierefreiheit und barrierefreie Kommunikation und Information wurde auch aufgrund der Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen in Karlsruhe schon vieles initiiert und umgesetzt. Im Bereich Arbeit und Beschäftigung wurden dem Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe aktuell im Rahmen des Förderprogrammes „Impulse Inklusion“ des Sozialministeriums Baden-Württemberg für das Projekt „Inklusive Berufsorientierung“ Gelder zur Verfügung gestellt, so dass auch hier konkrete Ergebnisse erwartet werden können. Vor diesem Hintergrund wurde die Umsetzung der UN-BRK in Karlsruhe mit dem Handlungsfeld Wohnen beschlossen.

Der Behindertenbeirat begrüßt den Start der Umsetzung der UN-BRK in Karlsruhe mit dem Handlungsfeld Wohnen im Laufe des Jahres 2015 und die Gründung einer Projektgruppe aus Trägern, Betroffenen und Angehörigen zur Begleitung des Prozesses.

PROJEKTGRUPPE „UMSETZUNG UN-BRK“

Die Projektgruppe tagte im Jahr 2015 fünf Mal. Folgende vier Untergruppen wurden gebildet

- Arbeitsgruppe 1: Menschen mit einer geistigen Behinderung
- Arbeitsgruppe 2: Menschen mit einer schwer mehrfachen Behinderung
- Arbeitsgruppe 3: Menschen mit einem Sonderbedarf
- Arbeitsgruppe 4: Menschen mit einer psychischen Behinderung

In diesen Untergruppen wurde ein qualitativer Bedarf erarbeitet. Vom Beirat bekundeten Herr Weber, Frau Rappold und Frau Baron ihr Interesse an einer Teilnahme. Im November 2015 wurde im Rahmen der Sitzung des Sozialausschusses der

„Zwischenbericht zur Umsetzung der UN-BRK mit dem Handlungsfeld Wohnen“ vorgestellt. Es erfolgte der Auftrag des Sozialausschusses zur Formulierung von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen.

LANDES-BEHINDERTEN- GLEICHSTELLUNGSGESETZ

Der Beirat beschäftigte sich mit dem Entwurf des neuen Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes (L-BGG). Am 17. Dezember 2014 wurde das neue Landes-Behindertengleichstellungsgesetz verabschiedet und trat am 1. Januar 2015 in Kraft. Laut Paragraph 15 soll jede Kommune und jeder Landkreis die Bestellung einer/eines weisungsunabhängigen kommunalen Behindertenbeauftragten durchführen. Für die Bestellung einer/eines hauptamtlichen Behindertenbeauftragten erhält die Kommune/der Landkreis vom Sozialministerium 6.000 Euro monatlich und für die Bestellung einer/eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten 3.000 Euro monatlich. Laut Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums obliegt den Kommunen/den Landkreisen die Übernahme von Kosten für ein Büro sowie die Stellung eines Fortbildungs- und Öffentlichkeitsrats. Bei den Kommunen/Landkreisen verbleiben Kosten in Höhe von circa 19.000 Euro bei der ehrenamtlichen Besetzung und bis circa 39.600 Euro bei der hauptamtlichen Besetzung.

Die Bestellung einer/eines weisungsunabhängigen kommunalen Behindertenbeauftragten hat den Beirat im Jahr 2015 sehr beschäftigt. In jeder Beiratssitzung wurde über den aktuellen Stand berichtet. In der Sitzung am 13. März berichtete Stefan Krusche, Behindertenbeauftragter der Stadt Schwetzingen von seiner Arbeit.

Im Vorfeld des Sozialausschusses am 29. Juli 2015 tagte unter Leitung von Herrn Bürgermeister Dr. Lenz eine interfraktionelle Arbeitsgruppe mit Mitgliedern des Sozialausschusses und städtischen Ämtern

sowie Frau Schönfeld als Vertreterin des Beirates. In der ersten Sitzung wurden die Varianten ehrenamtliche versus hauptamtliche Besetzung diskutiert. In der zweiten Sitzung wurde über die Finanzierung dieser Stelle diskutiert. Der Beirat für Menschen mit Behinderungen plädierte für die hauptamtliche Besetzung der neuen Stelle in Vollzeit mit einem Menschen mit oder ohne Beeinträchtigung. Gleichwohl favorisierten der Sozialausschuss und der Personalausschuss die Variante „Besetzung der Stelle zu 70 Prozent mit einem Menschen mit Behinderung und einer Assistenz- beziehungsweise Sekretariatskraft zu 30 Prozent“.

In der Sitzung des Gemeinderates im Dezember 2015 erfolgte der Beschluss der Ausschreibung einer hauptamtlichen Stelle für einen Menschen mit Erfahrung im Behindertenbereich im Jahr 2016. Der Beirat bedauert, dass die Besetzung der Stelle sich bis Mitte 2016 hinausziehen wird.

BEFÖRDERUNGSRICHTLINIEN

Menschen mit einem Schwerbehindertenausweis mit dem Kennzeichen aG (außergewöhnliche Gehbehinderung) und Bl (für blinde Menschen) sowie Menschen mit der Pflegestufe II erhalten in Karlsruhe 50 Freifahrten pro Quartal. Berechtigte, deren Einkünfte die maßgebliche Einkommensgrenze übersteigen, haben einen Eigenanteil von derzeit 72 Euro jährlich zu tragen.

Die bestehenden Beförderungsrichtlinien mussten aufgrund von Betrugsfällen geändert werden. Zur Kontrolle der Beförderungsunternehmen sollte die Registrierung der Fahrten durch die Deutsche Gesellschaft Medienzentrum (DGMZ) erfolgen.

Der Beirat hat Verständnis für die Kontrolle der Beförderungsunternehmen. Trotzdem bestanden erhebliche datenschutzrechtliche Zweifel an der Überwachung der

Fahrten über GPS. Der Beirat hat zur Klärung der offenen Fragen den Landesdatenschutzbeauftragten um eine entsprechende Einschätzung gebeten.

Der Gemeinderat hat entschieden, die Kontrollmaßnahme „Abgleich des Abhol- und Zielortes mittels GPS“ bei der Neufassung der Richtlinie bis zu der Antwort des Landesdatenschutzbeauftragten zu streichen.

Im Rahmen eines Runden Tisches im September 2015 nahm der Landesdatenschutzbeauftragte die Abwägung zwischen dem Interesse der Stadt nach einem Mittel der Missbrauchsprävention der Beförderungsunternehmen einerseits und dem Persönlichkeitsrecht auf Datenschutz der Nutzerinnen und Nutzer andererseits vor. Das Ergebnis war deutlich: Die Erfassung des Start- und des Zielpunktes aller Nutzerinnen und Nutzer durch GPS sei angesichts der tatsächlichen Betrugsfälle unverhältnismäßig und ein zu starker Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. So konnte die Erfassung des Start- und des Zielpunktes über GPS ausgesetzt werden. Eine Bestätigung der Position des Beirates, über die wir erleichtert und stolz sind.

Die Stadt Karlsruhe ist nun aufgefordert, ein „milderes“ Mittel zu finden. Bei der Erarbeitung und Beurteilung der drei Modelle wird der Beirat nun integriert und wird diese in einer Arbeitsgruppe analysieren und eine Stellungnahme abgeben. Der Beirat begrüßt diese Art der Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

WEITERES IN KURZFORM

BESUCH DER DELEGATION AUS DER PARTNERSTADT NOTTINGHAM

Am 8. Oktober 2015 besuchte eine Delegation aus Nottingham den Beirat für Menschen mit Behinderungen. Vom Beirat waren Frau von Malottki und Frau Rappold sowie Herr Stadtrat Borner,

GRÜNE-Fraktion vertreten. Es fand ein angeregter Gesprächsaustausch zu den Unterschieden der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen statt.

FUSSVERKEHRS-CHECK KARLSRUHE/DURLACH

Frau Zelch und Frau Kundrus besuchten die REHAB auf dem Messegelände. Sie berichteten von einer guten Ausstellung, die allerdings die Frage hinterlässt, wer sich diese technischen Erleichterungen für Menschen mit Behinderung im Alltag des Lebens leisten kann. Bemängelt wurde, dass es beim Kaffeestand an einer Möglichkeit für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer fehlte. Eine niedrige Theke wäre eine gute Lösung gewesen. Auch funktionierte der Transport vom Hauptbahnhof zur Messe nicht, obwohl dem Beirat von der Organisatorin der REHAB, Frau Gehrmayer, im Rahmen der Sitzung des Behindertenbeirates dieses ausdrücklich zugesichert worden war. Der Beirat wird am Ball bleiben, denn die nächste REHAB kommt bestimmt.

REHAB 2015

Frau Zelch und Frau Kundrus besuchten die REHAB auf dem Messegelände. Sie berichteten von einer guten Ausstellung, die allerdings die Frage hinterlässt, wer sich diese technischen Erleichterungen für Menschen mit Behinderung im Alltag des Lebens leisten kann. Bemängelt wurde, dass es beim Kaffeestand an einer Möglichkeit

für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer fehlte. Eine niedrige Theke wäre eine gute Lösung gewesen. Auch funktionierte der Transport vom Hauptbahnhof zur Messe nicht, obwohl dem Beirat von der Organisatorin der REHAB, Frau Gehrmayer, im Rahmen der Sitzung des Behindertenbeirates dieses ausdrücklich zugesichert worden war. Der Beirat wird am Ball bleiben, denn die nächste REHAB kommt bestimmt.

DM-ZENTRALE

Das Architekturbüro LRO aus Stuttgart stellte dem Beirat die geplanten barrierefreien Maßnahmen des Verwaltungsgebäudes der dm-Zentrale vor. Frau Röcker, Architektin, überzeugte den Beirat mit den geplanten Maßnahmen zur Barrierefreiheit des Gebäudes. Frau Kundrus, Frau Strunck, Frau von Malottki und Frau Schuchardt nahmen an diesem Gespräch teil.

STADION-NEUBAU KSC

Vor dem Hintergrund der Diskussion um einen Stadion-Neubau wendete sich der Beirat mit einem Brief vom 24. April 2015 auf Anregung von Frau Baron und Herrn Lorenz an Herrn Wellenreuther mit der Bitte, den Bedarf von Menschen mit Behinderungen bei einem Neubau des Stadions zu berücksichtigen. Der Brief ging in Kopie auch an Herrn Oberbürgermeister Dr. Mentrup. Eine Antwort in dieser Sache steht noch aus.

TEIL 3 – ARBEITSGRUPPEN

ARBEITSGRUPPE „BARRIEREFREIES BAUEN UND WOHNEN“

Frau Schönfeld ist die Sprecherin dieser Arbeitsgruppe, die folgende Themen als ihr Handlungsfeld festlegte:

- Hauptbahnhof (BLS im Hauptbahnhof, Busbahnhof und Umbau Hauptbahnhof)

- Schloss – Zugang Gartensaal
- Gemeinschaftsschulen
- Zoo und Stadtgarten
- Behindertentoiletten im Stadtgebiet

- Prioritätenliste barrierefreie Maßnahmen bei Gebäuden (HGW)
- Barrierefreie Geschäfte der Kaiserstraße
- Wohnen im Alter
- Stadtgeburtstag 2015

ARBEITSGRUPPE „ÖPNV“

Frau Ferring ist die Sprecherin dieser AG, der es um die kurz-, mittel- und langfristige Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs geht. Unter anderem stehen folgende Themen an:

- Barrierefreiheit des Karlsruher Hauptbahnhofes
- Blindenleitsystem
- Service-Point ist schlecht sichtbar
- fehlende Barrierefreiheit für kognitiv eingeschränkte Menschen
- Elektronische Fahrgastinformation bei Straßenbahnhaltestellen
- Klappprampen in Bussen
- Zeitplan für barrierefreie Haltestellen
- neue Niederflurwagen sind nicht barrierefrei

ARBEITSGRUPPE „BILDUNG, ARBEIT, GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE“

Die Sprecherin dieser AG ist Frau von Malottki. Das Ziel dieser Arbeitsgruppe ist die Bearbeitung des Themas Inklusion. Dazu soll ein Fragebogen über die schulische Inklusion in Karlsruhe entwickelt werden und die Befragung vielleicht mit Hilfe der Pädagogischen Hochschule durchgeführt

und ausgewertet werden. Inklusion aus Sicht der Betroffenen soll Thema in der zweiten Sitzung des Beirates im Jahr 2016 werden.

ARBEITSGRUPPE „GESUNDHEITSWESEN“

Frau Dr. Wagner ist die Sprecherin dieser AG, die sich mit der kurz-, mittel-, und langfristigen Verbesserung zum Thema „Barrierefreiheit in den städtischen Krankenhäusern“ beschäftigt. Diese Aufgabe gestaltet sich sehr komplex. Es gibt viel zu tun. Ein guter Kontakt zum Städtischen Klinikum besteht bereits. Hier gibt es einen Austausch mit der Schwerbehindertenvertretung, Architekten und Pflegedienstleitung.

ARBEITSGRUPPE STADTJUBILÄUM

Ziele des Beirates waren die Umsetzung der Barrierefreiheit durch Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdensprachdolmetscher, Verwendung von leichter Sprache im Programmheft und eine ausreichende Zahl an Behindertentoiletten beim Stadtgeburtstag. Vom Beirat beteiligte sich Frau Rappold an der Planung des Zirkeltrainings am 13. September 2015. Hier präsentierte sich der Beirat für Menschen mit Behinderungen mit einem Informationsstand sowie einem Rollstuhlparcours. Mehrere Mitglieder des Beirates unter Leitung von Frau Viehbacher konnten viele interessierte kleine wie große Besucherinnen und Besucher begrüßen, die testeten, wie viel Kraft und Geschicklichkeit beim Fahren im Rollstuhl erforderlich ist.

ARBEITSGRUPPE LEIGO

Herr Breidohr ist der Sprecher dieser AG, deren Ziel die Überarbeitung des Leitfadens und der Geschäftsordnung bis zur nächsten Wahl des Behindertenbeirates ist.

TEIL 4 – ZUSAMMENSETZUNG DES BEIRATES FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN DER STADT KARLSRUHE

STIMMBERECHTIGTE MITGLIEDER

GRUPPE DER KÖRPERBEHINDERTEN MENSCHEN

Wicht, Helga

Conterganverband Karlsruhe e. V.
Sophienstraße 123
76135 Karlsruhe



Schönfeld, Margit

Einzelmitglied



Rappold, Heidi R.

Einzelmitglied



Heupel-Streit, Gudrun

Aktionsbündnis von Frauen mit und ohne Handicaps



**GRUPPE DER AUFGRUND CHRONISCHER KRANKHEIT
BEHINDERTEN MENSCHEN**

Viehbacher, Susanne

Selbsthilfegruppe für Epileptiker Karlsruhe e.V.



Lorenz, Roland

Amsel Kontaktgruppe Karlsruhe



GRUPPE DER SEHBEHINDERTEN MENSCHEN

Wagner, Dr. ElkeVFS Verein zur Förderung
Sehbehinderter e. V.
Weinweg 1
76131 Karlsruhe

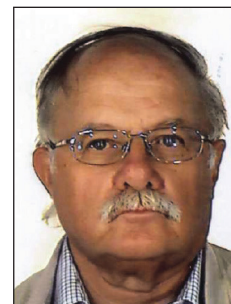
GRUPPE DER BLINDEN MENSCHEN

von Malottki, BeateBadischer Blinden- und Sehbehindertenverein v. m. K.
Bezirksgruppe Karlsruhe
Frauenalber Straße 12 a
76359 Marxzell

GRUPPE DER SCHWERHÖRIGEN MENSCHEN

Weber, Manfred

Verein der Schwerhörigen und Spätertaubten Karlsruhe e. V.
Kaiserallee 4
76007 Karlsruhe



GRUPPE DER GEISTIG- UND MEHRFACHBEHINDERTEN MENSCHEN

Baron, Ursula

Kandidatur als gesetzliche Vertreterin der erwachsenen
geistig behinderten Tochter

Lebenshilfe Karlsruhe, Ettlingen und Umgebung e. V.
Postfach 43 02 60
76217 Karlsruhe



GRUPPE DER PSYCHISCH BEHINDERTEN MENSCHEN

Stopp, Peter

SHG Selbsthilfegruppe für psychisch Kranke



GRUPPE DER KINDER UND JUGENDLICHEN MIT BEHINDERUNG

Zelch, Rosemarie

Kandidatur als Vertreterin der behinderten Tochter

Eltern und Freunde für Inklusion e. V. Karlsruhe
Goethestraße 24 d
76316 Malsch



GRUPPE DER FRAUEN MIT BEHINDERUNG

Strunck, Ute

Frauen mit und ohne Handicaps
Bärenweg 31
76149 Karlsruhe



STELLVERTRETUNGEN

GRUPPE DER KÖRPERBEHINDERTEN MENSCHEN

Bräunsdorf, Hans-Jürgen

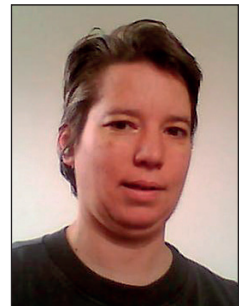
Einzelmitglied



GRUPPE DER AUFGRUND CHRONISCHER KRANKHEITEN BEHINDERTEN MENSCHEN

Herold, Barbara

Selbsthilfegruppe Stottern Karlsruhe



GRUPPE DER SEHBEHINDERTEN MENSCHEN

Ferring, Ines

SHG Blickpunkt für Blinde, Sehbehinderte
und deren Freunde in Karlsruhe



GRUPPE DER SCHWERHÖRIGEN MENSCHEN

Patz, Norman

Verein der Schwerhörigen und Spätertaubten Karlsruhe e. V.



GRUPPE DER GEISTIG- UND MEHRFACHBEHINDERTEN MENSCHEN

Breidoehr, Bernd

Selbsthilfegruppe Down-Syndrom (DS) Karlsruhe e. V.



GRUPPE DER MENSCHEN MIT EINER PSYCHISCHEN BEHINDERUNG

Fischer, Ulrich

Einzelmitglied



GRUPPE DER FRAUEN MIT BEHINDERUNG

Bröker, Andrea

Autismus Karlsruhe e. V.



TEIL 5 – PRESSESPIEGEL

NR. 22 · FREITAG, 29. MAI 2015

StadtZeitung 

Einhelliger Tenor im Gemeinderat:

Auf Inklusion vorbereiten

Ab dem Schuljahr 2015/2016 in Baden-Württemberg freie Schulwahl für alle

Ab dem Schuljahr 2015/2016 wird in Baden-Württemberg die UN-Behindertenkonvention an Schulen umgesetzt. Das bedeutet, dass Eltern behinderter Kinder selbst entscheiden können, ob ihr Kind auf eine Sonderschule oder eine allgemeine Schule geht.

Zu diesem Anlass stellte die Fraktion der Grünen im Gemeinderat zur jüngsten Plenarsitzung den Antrag, dass die Stadt berichten solle, welche schulischen Vorbereitungen die Stadt zur Umsetzung trifft und welche finanziellen Mittel für entsprechende Baumaßnahmen zu Verfügung stehen. Des Weiteren solle ein Kriterienkatalog erstellt werden, welche Anforderungen für inklusiv arbeitende Schulen erfüllt sein müssen, auf dessen Grundlage eine Bestandsaufnahme durchgeführt werden

soll. Außerdem wurde gefordert, dass wohnortnahe inklusive Bildungsangebote im Stadtgebiet ermöglicht werden und die Sachkostenbeiträge für Kinder mit Behinderungen zukünftig am Lernort der Kinder gewährt werden sollen. Dabei müsse sichergestellt werden, dass Sonderschulen weiterhin ausreichende Sachkostenbeiträge erhalten. Auch solle geprüft werden, ob die neue rechtliche Möglichkeit, Sonderschulen für Kinder ohne Behinderung zu öffnen, in Karlsruhe umgesetzt werden kann, so die Grünen in ihrem Antrag.

Die Verwaltung versicherte in ihrer Stellungnahme, dass die genannten Punkte berücksichtigt und geprüft werden. Über die Umsetzung der Inklusion berichtet das Bürgermeisteramt im Schulbeirat, was auf breite Zustimmung im Plenum stieß. Stadträtin Renate Ra-

stätter von den Grünen lobte in diesem Zusammenhang die Miteinbeziehung des Behindertenbeirates, und sie hofft, „dass es gut umgesetzt wird“. Stadträtin Bettina Meier-Augstein (CDU) bemerkte, dass die Vorbereitungen schon laufen, aber „es braucht Zeit, bis alles ausgearbeitet ist“. Stadträtin Sibel Uysal (SPD) sagte ebenfalls, man müsse Geduld für die Umsetzung aufbringen, betonte aber auch, nicht das Individuum müsse sich an das System anpassen, sondern „das System muss die Bedürfnisse berücksichtigen und sich gegebenenfalls anpassen“. FDP-Stadtrat Karl-Heinz Jooß gab zu bedenken, dass bauliche Änderungen, die für einen inklusiven Schulbetrieb nötig sind, aus finanzieller Sicht „nicht in jeder Schule möglich sind. Es müssen auch hier Schwerpunkte gesetzt werden“. -jäm-



„Bleiben Sie am Ball“

Lob für die Jahresbilanz des Behindertenbeirats

Barrierefreiheit, Leichte Sprache, Inklusion, Stadtplan für Menschen mit Behinderungen – die Arbeit geht dem ehrenamtlichen städtischen Behindertenbeirat nicht aus. Im Gegenteil. Immer wieder sind die Lobbyarbeiter in eigener Sache gefragt, führen Gespräche mit Politik und Verwaltung, beteiligen sich an Arbeitsgruppen und Ausschüssen und kämpfen für Selbstverständlichkeiten. Ein mühsames Unterfangen, das oft nur schleppend vorankommt. Was sich getan hat, bilanziert der Jahresbericht des Behindertenbeirats. Erstaunt war CDU-Stadträtin Karin Wiedemann, dass manches in der Schwebe sei, was sie längst umgesetzt wähnte. „Weiter so“, ermunterte sie den Beirat, trotzdem nicht aufzugeben und Schwerpunkte zu setzen. Trotz aller Widrigkeiten sei einiges auf den

Weg gebracht worden, hatte Dr. Raphael Fechler für die SPD „größten Respekt“ vor der „tollen Arbeit“ des Gremiums. Von einer „eindrucksvollen Dokumentation“ sprach GRÜNE-Stadtrat Alexander Geiger, der sich über schleppende Dialogprozesse und die unbefriedigende öffentliche Toilettensituation in der City ärgerte. „Bleiben Sie am Ball“, unterstützte er den „wichtigen Ideengeber“ und „unverzichtbaren Partner“. Lob für Engagement und Durchhaltevermögen zollten der Interessenvertretung um Vorsitzenden Andreas Baske nicht nur KULT-Sprecher Uwe Lancier, sondern auch GfK-Stadtrat Friedemann Kalmbach, der auch für die FDP sprach. Die schiefe Komplexität der Themen sei eine „ungeheure Zumutung“ für einen so kleinen Beirat, aber da sei ja ein „gutes Team“ zusammen. -maf-

BNN

Donnerstag, 9. Juli 2015 Ausgabe Nr. 155 – Seite 21

„Barrierefreiheit verbessern“

Grüne Fraktion fragt nach zum Umbau bei Bushaltestellen

BNN – Ein neues Förderprogramm des Landes-Verkehrsministeriums für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen möchte die Grüne Gemeinderatsfraktion auch für Karlsruhe nutzen. Deshalb hakt sie mit einer Anfrage nach. „Barrierefreie Bushaltestellen erleichtern nicht nur mobilitätseingeschränkten, sondern allen Fahrgästen das Ein- und Aussteigen. Der Busverkehr wird damit noch attraktiver“, so die Fraktionsvorsitzende Bettina Lisbach. „Wir wollen nun wissen, welche

Möglichkeiten Stadt und Verkehrsbetriebe sehen, von der Landesförderung zu profitieren, um weitere Haltestellen barrierefrei umzugestalten.“

„Aus den gesetzlichen Vorgaben ergibt sich, dass Barrieren im öffentlichen Verkehr kontinuierlich abgebaut werden müssen“, ergänzt Stadtrat Johannes Honné. „Bis 2022 soll der gesamte öffentliche Nahverkehr barrierefrei sein. Die Zeit drängt also.“ Mit ihrer Anfrage wollen die Grünen über die aktuellen Überlegungen von Stadtverwaltung und

Verkehrsbetrieben informiert werden und diese öffentlich bekanntmachen.

Die Stadträte fragen bei der Verwaltung nach, welche Bushaltestellen von Mobilitätseingeschränkten häufig aufgesucht werden und deshalb mit hoher Priorität umgebaut werden sollten. Außerdem erkundigt sich die Fraktion nach den durchschnittlichen Kosten für den barrierefreien Ausbau eines Bushaltestepunktes. „Auch Anregungen aus der Bevölkerung sind als ergänzende Information willkommen“, so Lisbach.

WCs werden barrierefrei

Im Herbst werden 21 neue Toilettenanlagen der Firma WallDecaux aufgestellt

Von unserem Mitarbeiter
Ekat Kinkel

Während des Festivalsommers gerät die Suche nach einer öffentlichen Bedürfnisanstalt für viele Stadtgeburtstagsbesucher zur Qual. Oft versprechen lediglich die temporär aufgestellten Sanitäreinrichtungen im Schlossgarten Menschen mit einem dringenden Bedürfnis Erleichterung. Im Herbst soll mit dieser Sucherei jedoch Schluss sein, dann werden in der Fächerstadt 21 neue barrierefreie öffentliche Toiletten aufgestellt.

„Die Anzahl der öffentlich zugänglichen Sanitäreinrichtungen in der Innenstadt ist schon lange nicht mehr ausreichend“, begründet Michael Obert diesen Schritt. Aber durch die vielen Baustellen und wegen der hohen Kosten habe man in den vergangenen Jahren keine neue Anlagen installieren können.

Die neuen ovalen und auch für Menschen mit Behinderung leicht zugänglichen Toilettenanlagen werden von der Werbefirma WallDecaux geliefert und im ganzen Stadtgebiet aufgestellt. Teilweise werden so die nichtbarrierefreien „Litfasssäulen-WCs“ oder marode Altanlagen ersetzt.

Standorte in der Innenstadt sind Stephanplatz, Passagehof, Bankhof, Zähringerstraße, Berliner Platz, Durlacher Tor und Marktplatz (während der Bauarbeiten ersatzweise am Friedrichsplatz). Außerdem wird es laut Obert noch zwei Toilettenanlagen am Südausgang des Hauptbahnhofs und eine am Albtalbahnhof geben. Dazu kommen zentrale Plätze in den Stadtteilen wie der Gottesauer Platz in der Oststadt, der Entenfang in Mühlburg sowie Stellen in Durlach. Ein Auslieferungstermin stehe noch nicht fest, solle

aber bald kommuniziert werden, so Obert.

„Weil auch neue Standorte besetzt werden, wird die Anzahl der öffentlichen Toiletten auf jeden Fall erhöht, und mit den bestehenden Anlagen haben wir dann wieder ein ausreichend engmaschiges Netz an sanitären Einrichtungen“, meint Obert. Die geringe Anzahl öffentlicher Sanitäreinrichtungen ist in Karlsruhe schon seit vielen Jahren ein kommunalpolitischer Dauerbrenner. Erst Ende Juni erkundigte sich die FDP mit einer Gemeinderatsanfrage nach der dem Status quo bei den WCs im Stadtgebiet. Die Verwaltung verwies damals lediglich auf Übersichtsstadtplan im Internet, auf dem alle öffentlichen Einrichtungen vermerkt sind. Zudem räumte

sie ein, dass die Toilettenanlagen im Stadtgebiet „derzeit kaum beschildert“ seien. Auch nach Oberts Ansicht sind viele der öffentlichen WCs schlichtweg nicht bekannt und die in Litfasssäulen untergebrachten Toiletten würden gerne übersehen. Durch die deutlich als Toiletten erkennbaren WallDecaux-

Anlagen solle die Suche nach dem nächsten stillen Örtchen künftig leichter fallen.

Ein weiterer Kritikpunkt der FDP waren zu wenige öffentliche WCs in der Nähe von Kinderspielflächen. Bei diesem Punkt verwies das zuständige Dezernat zwar auf die Möglichkeit, die benachbarten Gastronomiebetriebe zur Beteiligung am Konzept „Nette Toilette“ zu animieren.

Aber in Karlsruhe habe sich dieses Konzept, bei dem Gastronomen gegen eine kleine Entschädigung ihre Sanitäreinrichtungen als „Nette Toilette“ anzuweisen und damit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, noch nicht richtig durchgesetzt, bedauert der Bürgermeister. „In anderen Städten klappt dieses Konzept viel besser. Warum es in Karlsruhe nie richtig in die Gänge kam, ist allerdings schwer zu sagen“, merkt Obert an.

Warum kommen die neuen Toiletten eigentlich nicht pünktlich zum Beginn des Jubiläumsommers? Daran sei das Ausschreibungsverfahren Schuld, sagt Obert. Zunächst wurden demnach nämlich das Aufstellen der Anlagen und die Vermarktung der Außenflächen zu Werbezwecken getrennt ausgeschrieben. „Da hatten wir aber kein vernünftiges Angebot“, erklärt Obert. Erst als beide Posten zusammengefasst wurden, „wurde mit WallDecaux der passende Partner gefunden“.

Gastronomie verschließt sich



WC-LITFASSSÄULEN – wie hier auf der Kaiserstraße – will die Stadt im Herbst gegen barrierefreie Toiletten auf Plätzen und Straßen austauschen. Foto: jodo

Weitere Haltestelle jetzt barrierefrei

An der Philippstraße in Mühlburg wurde rund eine Million Euro investiert

BNN – Die Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) treiben den barrierefreien Ausbau ihrer Haltestellen im Stadtgebiet weiter voran: Nun wurde die neu gestaltete Haltestelle Philippstraße in Betrieb genommen. Mobilitätseingeschränkte Kunden sowie Eltern mit Kinderwagen haben es somit ab sofort an einer weiteren Haltestelle in Karlsruhe deutlich leichter, ohne fremde Hilfe den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen.

Die VBK-Baumaßnahmen an der Haltestelle Philippstraße, die in den vergangenen Monaten umgesetzt wurden, waren in das Stadt-sanierungsprojekt

Ausbau soll weitergehen

Mühlburg eingebettet. „Durch den umfangreichen Umbau der Haltestelle ist nun ein weiterer wichtiger Umsteigepunkt im Westen der Stadt besser zugänglich“, heißt es. Beginn der nun abgeschlossenen Bauarbeiten war in den Pflingstferien. Die Kosten belaufen sich auf rund eine Million Euro.

Insgesamt wurde die Haltestelle verbreitert und barrierefrei ausgebaut. Die neuen Bahnsteige an der Haltestelle Philippstraße sind 80 Meter lang und haben eine Höhe von 34 Zentimetern. Die Haltestelle wurde zudem mit einem Blindenleitsystem ausgestattet. Ab sofort ist an dieser Stelle nun auch der Ein- beziehungsweise Ausstieg in Niederflurfahrzeuge barrierefrei möglich. Am östlichen Ende der Haltestelle – im



DEUTLICH LEICHTER tun sich zum Beispiel Mütter, die mit dem Kinderwagen unterwegs sind, jetzt an der barrierefrei ausgebauten Haltestelle Philippstraße.

Bereich der Kreuzung Rheinstraße/Kaiserallee/Philippstraße – ist der Zugang zur Haltestelle wie bisher durch eine Signalanlage geregelt.

Am westlichen Ende der Haltestelle – auf der Seite in Richtung Entenfang – wurde ein zusätzlicher Zugang geschaffen. Dort gibt es ab sofort einen neuen

Übergang in Z-Form, der ohne Signalanlage auskommt. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Haltestelle Philippstraße stehen auch weitere Bauarbeiten, die von den VBK in Angriff genommen wurden. So wurden von der Haltestelle Philippstraße ausgehend auch die Gleise sowohl in Richtung Händelstraße als

auch in Richtung Entenfang saniert. Mit Blick auf das kommende Jahr haben die VBK in puncto Barrierefreiheit noch weitere Projekte auf ihrer Agenda: So sollen etwa die Haltestellen Lessingstraße, Ebertstraße sowie die Haltestelle Haus Bethlehem barrierefrei ausgebaut werden.

Foto: VBK

BNN

Ausgabe Nr. 192 – Seite 23

Freitag, 21. August 2015

Beirat begrüßt Mentrups Zusage

BNN – Die Ankündigung von Oberbürgermeister Frank Mentrup, beim Umbau der Kaiserstraße werde auf jeden Fall ein Blindenleitsystem installiert, ist bei den Mitgliedern des Beirats für Menschen mit Behinderungen mit Freude aufgenommen worden. Mentrup hatte die Zusage bei

der Diskussionsveranstaltung zur Gestaltung der „neuen“ Kaiserstraße im Schlosspavillon gegeben (die BNN berichteten).

Margit Kundrus, die Vorsitzende des Beirats für Menschen mit Behinderungen, erinnerte daran, dass der Beirat bereits Vorschläge für ein neues Blindenleitsystem in der Kaiserstraße gemacht habe. Sie sieht Mentrups Zusage als „weiteren Schritt zur Barrierefreiheit“.

BNN

Mittwoch, 16. September 2015

Ausgabe Nr. 214 – Seite 26

Viele Probleme sind bekannt

Zu einem Vorfall in der Straßenbahn:
Meine schwer behinderte Tochter im Rollstuhl (34) fährt sehr gerne mit den Straßenbahnen und wir benutzen sie auch wirklich viel. Wir brauchen keinen Parkplatz suchen und sparen zudem noch Kosten für die Stadt Karlsruhe, da wir das gute Angebot des Fahrdienstes für behinderte Menschen nur ganz selten in Anspruch nehmen.

Doch als wir bei unserer letzten Fahrt – Schillerstraße – Tullastraße – eine „Neue“ benutzen durften, bzw. mussten, überlegen wir uns, ob wir dieses Abenteuer öfter machen werden. Selbst an den nun schon vielen rollstuhlgerecht umgebauten Haltestellen (dies hat doch auch viel Geld gekostet) ist der Einstieg durch eine circa Drei-Zentimeter-Erhöpfung schwierig, selbst ältere Menschen stolpern da hinein. Danach sitzen quer Menschen und der Rollstuhl, Kinderwagen, Rollator müssen davor gestellt werden (es gibt innen auch keine Rollstuhl-

Markierung). Bevor man dies alles getan hat, fährt die Bahn an und es wird mühsam, sich selbst bzw. den Rollstuhl zu halten. Bei jeder Haltestelle versucht man den Rollstuhl zu verschieben, damit die Leute ein- und aussteigen können. Möchte man dann aussteigen, kann man auch nicht feststellen, welches Lichtsymbol die Tür länger offen hält.

Dann fährt die Rampe heraus und man muss – besonders an den nicht umgebauten Haltestellen – auf die Rampe fahren und dann versuchen, aus der Höhe den Rollstuhl aus der Bahn zu bringen. Natürlich versucht die Tür dann wieder zuzugehen.

Ich möchte auf den Bericht in den BNN vom Montag, dem 31. August, „Mit Lotsen mehr Mobilität in der Stadt“ hinweisen.

Den VBK und dem ÖPNV sind doch die vielen Probleme bekannt und es wird von ihnen immer wieder darauf hingewiesen, was sie alles tun wollen und be-

reits getan haben. Dazu passt aber ganz bestimmt nicht die Anschaffung solcher teuren „neuen Niederflurbahnen“. Ich würde mir wünschen, bald wieder mit meiner Tochter ohne größere Probleme mit den Bahnen und Bussen in Karlsruhe und Umgebung fahren zu können.

Ursula Villhauer
Karlsruhe-Oststadt

Holprig ist der Weg zur Inklusion

„Lotsen“ helfen Eltern behinderter Kinder

Von unserem Redaktionsmitglied
Kirsten Etzold

Spannend ist es für jede Familie, wenn ein Kind in die Schule kommt. Noch größer ist der Schritt, wenn sich für ein Kind mit einem körperlichen oder geistigen Handicap die Frage stellt, wie es am besten lernen und gefördert werden kann. Soll es mit gleichaltrigen Nachbarkindern in die Grundschule wechseln oder eine Sonderschule besuchen?

Die seit 2009 gesetzlich verbrieften und anschließend im neuen Schulgesetz des Landes verankerte Wahlfreiheit für Eltern verändert die Schullandschaft in Karlsruhe. An der Tulla-Ganztagsschule in der Oststadt etwa ist seit diesem Schuljahr eine Gruppe neu installiert als inklusive Unterrichtsform für fünf Erstklässler. „Sonderpädagogischer Kooperationspartner“ ist die Liddell-Förderschule nebenan. Schon inklusionserfahrene Schulen gibt es etwa in Grötzingen und Beiertheim. Bei den weiterführenden Schulen hat das Humboldt-Gymnasium in der Nordweststadt stets Schüler, die auf einen Rollstuhl an-

gewiesen sind. In seinem Leitbild betont das Gymnasium „das Miteinander von behinderten und nicht behinderten Menschen (Inklusion)“ als „selbstverständlicher Bestandteil unseres Schulalltags.“

Kritisch begleitet der Karlsruher Verein „Eltern und Freunde für Inklusion“ (EFI), wie die verschiedenen beteiligten städtischen Ämter und das Staatliche Schulamt Karlsruhe in ihren unterschiedlichen Verantwortlichkeiten inklusiven Unterricht realisieren. Erst

„Wir sollten tiefer
in die Materie gehen“

drei Wochen vor Ferienbeginn im Sommer seien zum Beispiel interessierten Eltern Details der vorgesehenen Einzel- oder Gruppenlösung zum Schuljahresstart im September mitgeteilt worden. So werde die Wahlfreiheit zum Etikettenschwindel, so der Hauptvorwurf seitens des Vereins. Außerdem werde der Mehraufwand unterschätzt, den gemeinsamer Unterricht für Kinder mit und ohne Handicap mit sich bringe – für das Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf ebenso wie für die Pädagogen, in der Regel die Klassenlehrerin in der aufnehmenden Grundschule.

„Elternlotsen“ hat EFI jetzt benannt, um Familien auf dem unübersichtlichen Weg durch Anträge, Ämter und Gutachten beim Übergang von Kindern mit Einschränkungen in die Schule zu begleiten. Zur ersten Lotsengeneration gehört Horst Babenhauerheide, Karlsruher Sonderschullehrer im Ruhestand, der schon zuvor beratend in Abstimmungsprozesse eingebunden wurde. „Die Kommunikation läuft nicht immer rund“, beobachtet er. Das aber sei die Grundlage individueller Lern- und Entwicklungsbegleitung. Im gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne Handicap stecke die Chance, dass sich Schulen von der Vorstellung eines „gleichschrittigen“ Lernens lösten. Das Risiko vor allem bei nur unzureichend geschaffenen Rahmenbe-



TROTZ HANDICAP in einer regulären Schule lernen – das können Eltern für ihr Kind fordern. Foto: Weigel



IM HUMBOLDT-GYMNASIUM ist inklusives Unterrichten seit Jahren Tradition. Das Gebäude in der Nordweststadt stellt Schülern, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, keine Barrieren in den Weg.
Foto: jodo

dingungen sei, Inklusion als nicht gelingend zu erleben: „So ein Scheitern schmerzt die ganze Schulgemeinschaft.“

Stadt und Staatliches Schulamt erklären öffentlich gemeinsam, sie wollten die Inklusion voranbringen. Dafür sieht EFI auch praktische Zeichen. Die städtische Sozial- und Jugendbehörde etwa bewilligt nicht nur Freiwillige im Sozialen Jahr (FSJ) oder „erfahrene Begleiter“ mit nützlichen persönlichen Kenntnissen etwa über Rechenschwäche, sondern bei Bedarf auch Heilpädagogen als Begleiter durch den Schulalltag. „Dass alle Schüler abwechselnd gefragt werden, kann für ein Kind mit geistiger Behinderung anfangs schwer zu akzeptieren sein“, nennt Babenhauserheide als Beispiel. „Da hilft es, wenn eine vertraute Bezugsperson klar ankündigt, dass als nächstes der Tischnachbar drankommt.“

So früh wie möglich mit Eltern betroffener Kinder ins Gespräch kommen will die Leiterin des Staatlichen Schulamts Karlsruhe, Elisabeth Groß. „Wir können sicher auch etwas verbessern“, sagt sie. „Aber Eltern kommen oft sehr spät auf uns zu.“ Aktueller Beleg ist das fünfte Elternforum Inklusion. Für diese zen-

trale, zweieinhalbstündige Informationsveranstaltung tickt nach vier erfolgreichen Auflagen plötzlich überraschend die Uhr: Bisher ist die Resonanz nahe null. Die Anmeldefrist endet am Montag, eine Absage des Termins steht im Raum, falls sich keine weiteren Interessenten melden. (Siehe Kasten.)

„Viele Eltern denken vielleicht, dass sich eine Auffälligkeit im Kindergarten noch ‚auswächst‘. Sie hoffen, sie kämen

um das Thema herum“, mutmaßt Groß. Doch ideal für den komplexen Abstimmungsprozess zur Einschulung von Kindern mit besonderem Förderbedarf seien 18 Monate Vorlauf. „ich hätte gern eine Befragung zu Elternwünschen nach Inklusion schon in den Kindergärten“, sagt die Chefin des Schulamts. „Es ist viel Wissen im System, auch durch regelmäßige Runde Tische, aber wir sollten noch tiefer in die Materie gehen.“

Fortsetzung des Artikels von S. 30

Freitag, 27. November 2015 Ausgabe Nr. 275 – Seite 23

Die ersten Träger des Inklusionspreises stehen fest

Auszeichnung für Gabriele Becker, die Firma Sivis und den Verein EFI/ „Passgenaue Lösungen nicht zum Nulltarif

Von unserem Mitarbeiter
Ekart Kinkel

Gabriele Becker, die Firma Sivis sowie der Verein Eltern und Freunde für Inklusion (EFI) sind die Träger des Karlsruher Inklusionspreises, der gestern Abend zum ersten Mal im Rahmen einer Feierstunde im Rathaus vergeben wurde. Becker erhielt den Preis in der Kategorie Einzelperson für ihre langjährige Mitarbeit im Beirat für Menschen mit Behinderungen. Dort setzte die Sehebehinderte nach Ansicht der Fachjury viele Akzente und übernahm in der Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden auch Verantwortung.

In der Kategorie Wirtschaft entschied sich die sechsköpfige Jury für die Sivis GmbH. Das IT-Unternehmen praktiziert seit vielen Jahren Inklusion, beeindruckend sei dabei vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der Menschen mit und ohne Behinderungen bis in die Führungsetage auf Augenhöhe kommunizieren. Unter anderem arbeiten bei Sivis ein blinder Programmierer und ein körperbehinderter Geschäftsführer. Wegen der Einbindung von behinderten Menschen in das Firmenleben wurde Sivis im vergangenen Jahr auch für den erstmals ausgelobten baden-württembergischen Landesinklusionspreis nominiert.

Der Verein EFI kämpft in Karlsruhe seit 25 Jahren für eine gemeinsame Er-



INKLUSIONSPREIS VERGEBEN: Unser Foto zeigt von links nach rechts Bürgermeister Martin Lenz, Margit Schönfeld, Bernd Israel und Vladislav Kuschenko von der Firma Sivis, Isolda Brod-Rückmann von EFI, Gabriele Becker und Marion Schuchardt. Foto: jodo

ziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen mit oder ohne Behinderung und erhielt den Preis in der Kategorie Organisationen und Vereine. „Hartnäckig und kontinuierlich hat sich dieser Verein dem großen Ziel der In-

sion verschrieben“, betonte Sozialbürgermeister Martin Lenz bei seiner Laudatio. Das bei der ersten Ausschreibung eines städtischen Inklusionspreises gleich 29 Vorschläge eingingen, wertete Lenz als klares Zeichen dafür, dass in

Karlsruhe Inklusion bereits auf breiter Ebene thematisiert und praktiziert werde. Die Vergabe eines in den Kategorien Einzelpersonen und Vereine mit 1 500 Euro dotierten Preises zur Förderung

und Stärkung der Inklusion wurde 2014 vom Gemeinderat beschlossen. Durch die öffentliche Wirkung eines solchen Preises sollen künftig Benachteiligungen von und Vorurteile gegenüber Menschen mit physischen und psychischen Beeinträchtigungen abgebaut werden. „In einer inklusiven Gesellschaft ist es normal, verschieden zu sein“, so Bürgermeister Lenz, „und alle sind willkommen“.

Vor sechs Jahren hat Deutschland die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen unterzeichnet. Die baden-württembergische Landesregierung verabschiedete vor kurzem einen Aktionsplan zur Umsetzung der rechtlichen Vorgaben. Auch in Karlsruhe wurde bereits mit der Umsetzung begonnen, so Lenz, der Startschuss fiel mit konkreten Aktionen zum „Handlungsfeld Wohnen“.

Wie die Betroffenen städtische Inklusionspolitik sehen, machte Margit Schönfeld, Vorsitzende des Beirats für Menschen mit Behinderungen, in ihrem Vortrag „Inklusion ist machbar“ deutlich. „Dafür braucht es passgenaue Lösungen“, betonte Schönfeld, „und die gibt es nicht zum Nulltarif“. In Karlsruhe habe sich in den vergangenen fünf Jahren in puncto Inklusion sehr viel getan, so Schönfeld, „und beim Christkindlesmarkt setzen sich die Budenbetreiber schon von sich aus für mehr Barrierefreiheit ein“.

Fortsetzung des Artikels von S. 32



Für Sehende einfach ein weißer Streifen, für Blinde ein großer Helfer – auch für ein flächendeckendes Blindenleitsystem, wie hier an der Haltestelle Herrenstraße in der Karlsruher Innenstadt, setzt sich der Behindertenbeirat ein.

Foto: jodo

Hartnäckigkeit zahlt sich aus

Der Karlsruher Beirat für Menschen mit Behinderungen macht sich für Veränderungen stark

U nüberbrückbare Bordsteine, unzugängliche Straßenbahnen, fehlende öffentliche Toiletten und immer wieder neue Baustellen – in Karlsruhe gibt es für Menschen mit Handicap noch viel Handlungsbedarf. Dass die Wünsche nach Barrierefreiheit und Teilhabe

nicht im Sand der Bürokratie verlaufen, dafür setzt sich der Beirat für Menschen mit Behinderungen ein.

Als erste Stadt in Baden-Württemberg rief Karlsruhe im Jahr 2003 das unabhängige und ehrenamtliche Gremium ins Leben. Seine Arbeit besteht unter

anderem darin, gegenüber der Verwaltung und Politik die Interessen von behinderten Bürgern zu vertreten, bei Vorhaben beratend mitzuwirken und die Öffentlichkeit für die Belange von Menschen mit Behinderungen zu sensibilisieren. Der Beirat, dem seit Mai Margit

Schönfeld vorsitzt und der eng mit der Behindertenkoordinatorin der Stadt, Marion Schuchardt, zusammenarbeitet, hat 14 stimmberechtigte Mitglieder, die verschiedenen Gruppen vorstehen, die von Blinden über körperlich Behinderte bis zu psychisch Kranken reichen.

Im Jahr 2015 beschäftigte den Beirat zuvorderst der Aufbau von 21 Behindertentoiletten im Stadtgebiet. „Dies zog aufgrund der aktuellen Baustellenproblematik leider länger hin, soll aber noch in diesem Jahr erfreulicherweise umgesetzt werden“, sagt Margit Schönfeld. Auch der Einbau eines flächendeckenden Blindenleitsystems für die Kaiserstraße sowie im Hauptbahnhof stand auf der Agenda. „Zudem wird geplant, eine barrierefreie Datenbank für öffentliche Gebäude und Freizeitanlagen einzurichten“, so Margit Schönfeld.

21 BEHINDERTENTOILETTEN SOLLEN GEBAUT WERDEN

Eines muss man als Mitglied des Beirats für Behinderte lernen: Es bedarf bei der Umsetzung von Projekten großer Geduld – und noch mehr Hartnäckigkeit, „sobald neue Ämter oder Ansprechpartner ins Spiel kommen, fängt das Prozedere oftmals wieder von vorne an“, heißt es im Tätigkeitsbericht des Beirats aus dem Jahr 2014. Trotzdem – oder genau deswegen – können die Mitglieder immer wieder Erfolge vorweisen. Mehr unter www.karlsruhe.de unter den Punkten „Leben & Arbeiten/Soziales/Menschen mit Behinderungen“.

Martha Steinfeld



Zirkeltraining beim Stadtjubiläum

IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

Stadt Karlsruhe

Sozial- und Jugendbehörde
Beirat für Menschen mit Behinderungen
Kaiserallee 4
76133 Karlsruhe

Telefon 0721 133-5022
E-Mail: behindertenkoordination@sjb.karlsruhe.de

REDAKTION

Vorstand des Beirats für Menschen mit Behinderungen der Stadt Karlsruhe

BILD

Arbeitsgruppe Stadtjubiläum: © Susanne Viehbacher